

Gesamtschule in der Politik-Falle?

„Leistungsfähigkeit ignoriert“

jweb OSNABRÜCK. Steckt die Gesamtschule in der Falle? „In der Politik wird vor allem die Leistung der Gesamtschule infrage gestellt. Doch wer ihre Leistungsfähigkeit nachweist, wird ignoriert.“ So sieht es Ingrid Wenzler, ehemals Vorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule. Sie referierte auf einer Informationsveranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

„Angst vor schlechten Leistungen an Gesamtschulen braucht man nicht zu haben“, sagte Ingrid Wenzler und zählte auf: Die Gesamtschulen in Brandenburg glänzten 2005 mit den besten Leistungen von allen Bundesländern bei der Förderung am unteren Ende des Leistungsspektrums. Dort gab es die wenigsten Wiederholer und die geringsten sozialen Benachteiligungen.

In Nordrhein-Westfalen lagen die Leistungen der Gesamtschulen über denen von vergleichbaren Referenzgruppen der Haupt- und Realschulen sowie der Gymnasien. Bei der Vergabe des Deutschen Schulpreises 2006 und 2007 fanden sich fast nur Gesamtschulen an der Spitze. Und die PISA-Untersuchungen von 2003 attestierten den Gesamtschulen ein hohes Engagement.

Die Nachfrage nach Gesamtschulen sei derart angestiegen, dass beispielsweise in Niedersachsen für dieses Schuljahr 4600 Schüler abgewiesen werden und in anderen Schulformen untergebracht werden mussten. Für Ingrid Wenzler ist das „ein Skandal“. Es sei dringend nö-

tig, neue Gesamtschulen zu gründen.

Hildegard Grewe, Leiterin der Gesamtschule Schinkel, bestätigte die hohe Nachfrage: „Wir haben mehr Anfragen als Plätze, und das Interesse der Eltern nimmt weiter zu.“ Als Hauptgrund sieht sie die Durchlässigkeit, bei der niemand auf eine Schulform festgelegt wird. Und: „Eltern halten es für wichtig, dass ihre Kinder lernen, mit Gleichaltrigen aus verschiedensten Lebenshintergründen umzugehen.“ Auch das sei der Vorzug der Gesamtschulen.

Für Walter Altenhoff ist klar: „Starke Schüler reißen die Schwachen mit – und nicht umgekehrt.“ Er ist Leiter der Käthe-Kollwitz-Schule, eine Haupt- und Realschule, die sich auf den Weg gemacht hat, zur Gesamtschule zu werden. Alle, Schüler, Lehrer und Eltern, seien für die Umwandlung, sagte Altenhoff.

Richard Wilmers, ehemaliger Leiter der Integrierten Gesamtschule (IGS) Schaumburg in Stadthagen, sieht als Vorteil dieser Schulform, dass „die Unterschiedlichkeit der Kinder gefördert wird und es keine Selektion gibt“. Mit dem dreigliedrigen System aus Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien stehe Deutschland international fast allein da – und sei nicht besonders erfolgreich.

Martin Siemsen, Vorsitzender des Kreiselterrates, bedauert, „dass die Politik die Diskussion um die Gesamtschulen polarisiert hat“. Das ist auch für Ingrid Wenzler ein Problem, denn: „Es ist schwierig, da wieder herauszukommen.“

Änderungen des NSchG Henrik Peitsch

Das novellierte Schulgesetz bringt z.T. erhebliche Veränderungen für die berufsbildenden Schulen und vor allem für die Schüler, die eine duale Ausbildung anstreben. Mit der Reform des Berufsbildungsgesetzes im Jahre 2005 wurde die geltende Anrechnungsverordnung, die die verpflichtende Anerkennung des Besuches einer Berufsgrundschule (BGJ) als Grundstufe der anschließenden Ausbildung im entsprechenden Berufsfeld vorsah, aufgehoben.

Ab 2009 steht es den Ländern frei, eigene Regelungen zu schaffen. Mit dem neuen Schulgesetz wurde das BGJ in der alten Form abgeschafft. Das Kultusministerium geht davon aus, dass etwa 15.000 Schüler in Niedersachsen das BGJ besuchen. Diese Schüler würden bei einem ersatzlosen Wegfall des BGJ zusätzlich auf den Ausbildungsmarkt drängen. Auch bei einer leicht verbesserten Ausbildungsplatz-Situation in diesem Jahr ist es illusorisch zu glauben, dass diese Schulabgänger im nächsten Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten werden. Der Besuch der nunmehr eingeführte **Berufsfachschule** (BFS - einjährig), die alternativ für Hauptschul- oder Realschulabsolventen an einer BBS eingerichtet werden kann, muss nicht auf die anschließende duale Ausbildung in einem zugeordneten Beruf angerechnet werden. Die Berufsschulen sollen mit den Betrieben der Region auf eine Anrechnung hinwirken bzw. die Betriebe sollen freiwillig eine Anrechnung gewähren.

Nun hat sich das BGJ in einigen Berufsfeldern seit Jahren gut bewährt, sodass auch eine Anrechnung der BFS erfolgen wird. In den anderen Berufen wird es für die Schulen nicht leistbar sein, alle Betriebe einer Branche für eine Anrechnung zu gewinnen. Auch die inhaltlichen Änderungen – 160 Stunden berufsbezogenes Praktikum und Abschlussprüfung – werden in den meisten Fällen nicht zur einer freiwilligen Anrechnung führen. Dies bedeutet, dass die Mehrzahl der Jugendlichen, die ab 2009 eine BFS besuchen, eine Gesamt-Ausbildungsdauer von vier bzw. viereinhalb Jahre absolvieren und zudem Ausbildungsplätze „blockieren“ werden.

Die Anrechnungsoption wird in den Schulen zu erheblichen organisatorischen Problemen führen. Da damit zu rechnen ist, dass nur wenige Betriebe eine Anrechnung vornehmen werden, müssen unterschiedliche Klassen eingerichtet werden. Dies ist zwar jetzt schon der Fall. Aufgrund der geringen Zahlen der dann verkürzten Ausbildungsgänge, werden diese Klassen aber eher eine geringe Anzahl von Schülern haben. Der Ausgleich muss durch entsprechend größere Klassen erfolgen. Es wird für die Schüler auch nicht einfach sein, für das vorgeschriebene vierwöchige Praktikum einen entsprechenden Platz in einem Betrieb zu finden.

Bericht in der NOZ vom 4. Oktober über die Veranstaltung des Kreisverbandes zur Gesamtschule am 30. September 2008 in der VHS